

1. März 2018

PRESSEMELDUNG 14/2018

Rechte der Waldbesitzer schützen

AfD-Landeschefin Doris v. Sayn-Wittgenstein gegen weitere Einschränkungen

Mit der Vorlage des Gesetzesentwurfs zur Änderung des Landeswaldgesetzes durch den SSW (Drucksache 19/287 <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00200/drucksache-19-00287.pdf>) ist keinem geholfen: Weder dem Waldbesitzer, noch dem Wald oder den Bürgern. Im Gegenteil bedeutet die Änderung in der Praxis eine unnötige Verfahrensverlängerung sowie eine Schwächung der zuständigen Forstbehörde, weil beispielsweise bei einem geplanten Kahlschlag die Unteren Naturschutzbehörden zusätzlich eingebunden werden sollen. Tatsächlich stimmen die Behörden sich in der Praxis ohnehin bereits ab. Die Entscheidung trifft jedoch die zuständige Fachbehörde.

Im weiteren wird seitens des SSW versucht, das Landeswaldgesetz zu instrumentalisieren, um den Bau neuer Windkraftanlagen zu verhindern. Auch das zielt in die falsche Richtung und ist im bisherigen Landeswaldgesetz bereits entsprechend geregelt. Schon jetzt ist die Umwandlung von Wald zur Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als zehn Metern Höhe nicht erlaubt.

Der auf den ersten Blick gutgemeinte Gesetzesentwurf entpuppt sich als voreiliger Aktionismus. Offensichtlich wird hier durch den SSW versucht, eine medienwirksame Gesetzesinitiative zu inszenieren, ohne Rücksprache mit den Fachleuten in den Behörden und Verbänden zu halten.

Ich werde keiner weiteren Beschneidung der Rechte der Waldeigentümer zustimmen und lehne diesen Antrag ab.